

Allgemeine Informationen
zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben
der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutzgrundverordnung
im Bauamt



Vorwort:

Die meisten Bürgerinnen und Bürger sowie ansässige Unternehmen treten mit dem Bauamt der Stadt Lohr a.Main früher oder später in Kontakt. Hier müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Die nachstehenden Informationen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten. Daten sind personenbezogen, wenn sie einer natürlichen Person, einer Körperschaft (z.B. Verein, Kapitalgesellschaft), einer Personenvereinigung oder einer Vermögensmasse zugeordnet werden können. Anonymisierte und pseudonymisierte Daten sind keine personenbezogenen Daten.

Wenn durch das Bauamt der Stadt Lohr a.Main personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies z.B. Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung, aber auch -löschung.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Verantwortlicher und Ansprechpartner

Verantwortlich im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die:

Stadt Lohr a.Main
Vertr. d. d. Ersten Bürgermeister Dr. Mario Paul
Schlossplatz 3
97816 Lohr a.Main
Deutschland
Tel.: 09352/ 848 – 0
Fax: 09352/ 848 – 452
E-Mail: stadt@lohr.de
Webseite: www.lohr.de

Den Datenschutzbeauftragten der Verantwortlichen erreichen Sie unter:

E-Mail: datenschutz@lohr.de
Tel: 09352/ 848 - 118

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenerhebung und –verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG), um die gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen.

Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt, gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. e), Abs. 3 DSGVO

Zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe benötigen wir personenbezogene Daten. Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere Erhebungen im Bereich des Baurechts und des Straßen- und Wegerechts und im Zuge dessen auch die Erhebungen im Rahmen der kommunalen Satzungen und Verordnungen.

Ihre personenbezogenen Daten werden dabei in dem Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben werden.

Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung, gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO

Soweit eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke erteilt wurde, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten die von Ihnen erteilte Einwilligung.

Verarbeitung aufgrund eines Vertrags, gem. Art 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO

Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen.

Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO

Darüber hinaus verarbeiten wir personenbezogene Daten auch zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten „Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten“.

Erhebung zur Erfüllung der Aufgaben des Bauamts

Personenbezogene Daten erheben wir nur dann, wenn dies für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Bauamtes erforderlich ist.

Ihre personenbezogenen Daten erheben wir in erster Linie bei Ihnen selbst, z.B. durch Anträge.

Darüber hinaus erheben wir personenbezogene Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet oder befugt sind, wie z.B. Amtsgerichte, Bundeszentralregister, Einwohnermeldebehörden, Finanzämter, Gewerbeämter und Rentenversicherungsträger, oder wenn sie dem Dritten eine entsprechende Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

Zudem können wir öffentlich zugängliche Informationen, z.B. aus öffentlichen Bekanntmachungen oder öffentlichen Registern verarbeiten.

Art der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten hauptsächlich folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Geburtsdatum und –ort, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Adresse bzw. Kontaktdaten wie Telefonnummer, Email-Adresse etc. und
Kassenzeichen, Bankverbindung, Einkommens- und Vermögensverhältnisse

Weitergabe Ihrer Daten an Dritte

Die von uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir im Einklang der Bestimmungen des DSGVO nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist, z.B. Regierung von Unterfranken, Landratsamt, Grundbuchamt, Notariat, u.ä..

Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Ihre Datenschutzrechte

Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stehen jeder betroffenen Person in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Widerspruch zu.

Ein Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art 20 DSGVO steht Ihnen uns gegenüber nicht zu, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt bzw. in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 20 Abs. 3 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. In einigen Fällen können und dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, auf Antrag, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art 15 Abs.1 Buchst. a) – h) DSGVO genannten Informationen verlangen. Um die Zusammenstellung der erforderlichen Daten zu erleichtern, sollten Sie in Ihrem Antrag Ihr Anliegen genau darlegen, Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Bauantrag und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) machen.

Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Sollten die Sie betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben Sie das Recht, Berichtigung und Vervollständigung Ihrer Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Sie können eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist.

Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 DSGVO), speziell in folgenden Fällen: die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich, die Rechtslage für die Verarbeitung besteht fort, die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können sie die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung Ihrer Daten verhindern, weil Sie diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen.

Recht auf Widerspruch, Art. 21 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung eines Bauleitplanverfahrens).

Recht auf Beschwerde, Art 77 DSGVO

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist

Im Allgemeinen:

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
53117 Bonn
Telefon: 0228 99 77 99 0
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

für alle übrigen Angelegenheiten:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Wagmüllerstraße 18
80538 München
Tel.: 089 21 26 72 0
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de